

## Newsletter 9.-10. Oktober 2019 – Plenartagung – Brüssel

### **EU-Finanzrahmen riskiert Verzögerung: Abgeordnete wollen Sicherheitsnetz**

Der Rat ist noch immer nicht bereit, mit dem EP über den nächsten langfristigen EU-Haushalt zu verhandeln. Die Abgeordneten verlangen von der Kommission nun einen Notfallplan.

4

### **Haushalt und Brexit unter den Themen der Debatte zum EU-Gipfel im Oktober**

Am Mittwoch werden die Abgeordneten über ihre Prioritäten für den EU-Gipfel am 17.-18. Oktober mit der finnischen Ratspräsidentschaft, Jean-Claude Juncker und Michel Barnier diskutieren.

6

### **Fake News und ausländische Einmischung in Wahlen in Europa**

Am Donnerstag stimmt das Plenum über eine Entschließung über ausländische Einmischung und die Verbreitung von Desinformation in den demokratischen Prozessen in der EU ab.

7

### **Debatte über die angespannte politische Lage in der Ukraine**

Die Abgeordneten werden am Mittwochnachmittag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine diskutieren.

8

### **Für einen EU-Mindestlohn und besseren Schutz von Plattform-Arbeitern**

Kommission und EU-Länder sollen mehr für die sozialen Rechte tun, indem sie die Europäische Säule sozialer Rechte mit Gesetzesvorschlägen und finanzieller Unterstützung stärken.

9

### **EIB soll grüner werden: Debatte mit EIB-Präsident Werner Hoyer**

Die Abgeordneten werden am Mittwoch im Beisein von Werner Hoyer ihre Forderungen an die Europäische Investitionsbank bekräftigen, Klima und Umwelt stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

11

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-10-09>

▪

## Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)  
[Live-Übertragungen der Plenartagung](#)  
[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)  
[EP Multimedia Centre](#)  
[EP Newshub](#)

## Kontakt

---

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ [armin.wisdorff@europarl.europa.eu](mailto:armin.wisdorff@europarl.europa.eu)

---

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 283 11 41 (BXL)

☎ (+33) 3 8817 3603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ [michaela.findeis@europarl.europa.eu](mailto:michaela.findeis@europarl.europa.eu)

---

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 17 7323 5202

✉ [judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu](mailto:judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu)

---

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 172 01

☎ (+33) 3 8817 4646 (STR)

☎ (+43) 676 550 31 26

✉ [huberta.heinzel@europarl.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@europarl.europa.eu)

---

# EU-Finanzrahmen riskiert Verzögerung: Abgeordnete wollen Sicherheitsnetz

**Der Rat ist noch immer nicht bereit, mit dem EP über den nächsten langfristigen EU-Haushalt zu verhandeln. Die Abgeordneten verlangen von der Kommission nun einen Notfallplan.**

Das Parlament wird am Donnerstag eine Aussprache über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2021-2027 abhalten und über eine Entschließung abstimmen. Laut [Entschließungsentwurf](#) beabsichtigen die Abgeordneten:

- die Verhandlungsposition des vorherigen Parlaments zum nächsten MFR, wie er im November 2018 festgelegt wurde, zu bestätigen;
- die Position des Parlaments zur Intensivierung des Klimaschutzes anzupassen. Die Abgeordneten unterstreichen, dass es "dringend weiterer spürbarer Fortschritte bei den politischen und finanziellen Anstrengungen bedarf", um die Ziele des Übereinkommens von Paris zu erreichen;
- die Kommission aufzufordern, die finanziellen Auswirkungen der politischen Zusagen zu klären, die die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Juli gemacht hat;
- die Kommission aufzufordern, einen Notfallplan vorzulegen, da sie die Gefahr sehen, dass die komplexen Verhandlungen mit dem Rat nicht bis Ende 2020 erfolgreich abgeschlossen werden können. Verzögerungen könnten dazu führen, dass die Finanzierung der EU-Programme Anfang 2021 ausbleibt.

Der Rat hat in dieser Angelegenheit noch immer [keine politische Entscheidung](#) getroffen.

## Hintergrundinformationen

Die Kommission hat die [Legislativvorschläge für den nächsten MFR im Frühjahr 2018 vorgelegt](#). Das Parlament hat seinen Standpunkt [im November 2018 festgelegt](#) und ist damit seit fast einem Jahr bereit, mit dem Rat zu verhandeln.

Der MFR (mehrfähriger Finanzrahmen) ist der langfristige Haushalt der EU und umfasst in der Regel einen Zeitraum von sieben Jahren. Der derzeitige MFR für den Zeitraum 2014-2020 wurde am 2. Dezember 2013 verabschiedet.

Etwa 93% des EU-Haushalts fließen in konkrete Projekte vor Ort in den EU-Ländern und in Drittländern. Davon profitieren die Bürger, Regionen, Städte, Landwirte, Forscher, Studenten, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen.

Debatte: Donnerstag, 10. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, 10. Oktober

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

## Weitere Informationen

[EntschlieÙungsentwurf](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Zwischenbericht über den MFR 2021–2027: Standpunkt des Parlaments im Hinblick auf eine Einigung](#)

[EP-Hintergrundinformationen \(auf Englisch\): "Post-2020 EU budget"](#)

[Chronologie](#)

[Kurzdarstellungen zur Europäischen Union: Der mehrjährige Finanzrahmen](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende \(EP-Multimedia-Center\)](#)

# Haushalt und Brexit unter den Themen der Debatte zum EU-Gipfel im Oktober

**Am Mittwoch werden die Abgeordneten über ihre Prioritäten für den EU-Gipfel am 17.-18. Oktober mit der finnischen Ratspräsidentschaft, Jean-Claude Juncker und Michel Barnier diskutieren.**

Die Staats- und Regierungschefs der EU treffen sich am 17. und 18. Oktober 2019. Schwerpunktthemen des Gipfels sind die Verhandlungen über den langfristigen EU-Haushalt, die strategischen Prioritäten für die nächsten fünf Jahre (mit einer Rede dazu von der designierten Präsidentin von der Leyen) und der Klimawandel in der Folge des UN-Klimagipfels und im Vorfeld der Klimakonferenz in Santiago de Chile im Dezember.

Auf der Gipfel-Tagesordnung steht auch das Thema Brexit, und die Abgeordneten werden sich erwartungsgemäß zu den jüngsten Entwicklungen äußern. Nach dem Beschluss des Sondergipfels des Europäischen Rates vom 10. April 2019, dem Antrag der britischen Regierung auf Verlängerung der Frist für Artikel 50 nachzukommen, wird das Vereinigte Königreich die EU bis zum 31. Oktober verlassen.

Debatte: Mittwoch, den 9. Oktober

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

## Weitere Informationen

[Tagesordnung EU-Gipfel 17.-18. Oktober 2019](#)

# Fake News und ausländische Einmischung in Wahlen in Europa

## Am Donnerstag stimmt das Plenum über eine Entschließung über ausländische Einmischung und die Verbreitung von Desinformation in den demokratischen Prozessen in der EU ab.

Versuche, die politische Entscheidungsfindung in der EU zu beeinflussen, gefährden die europäischen demokratischen Gesellschaften, sagten die Abgeordneten in der Debatte vom 17. September. Sie machten ein systematisches Muster ausländischer Einmischung durch Kampagnen in sozialen Medien, Cyber-Angriffe oder die Finanzierung politischer Parteien aus.

Im Dezember 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission einen [Aktionsplan gegen Desinformation](#), und im März dieses Jahres verabschiedete das Parlament eine [Entschließung](#), in der es Russland sowie China, den Iran und Nordkorea als Hauptquellen für Desinformation in Europa nannte.

Debatte: Dienstag, 17. September

Abstimmung: Donnerstag, 10. Oktober

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

### Weitere Informationen

[Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans gegen Desinformation \(EAD\) \(auf Englisch\)](#)

[Aktionsplan gegen Desinformation](#)

[Pressemitteilung: „EU wappnet sich für den Kampf gegen feindselige Propaganda“ \(13.03.2019\)](#)

[Interview mit der Berichterstatteerin Anna Fotyga](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende \(EP-Multimedia-Center\)](#)

# Debatte über die angespannte politische Lage in der Ukraine

## Die Abgeordneten werden am Mittwochnachmittag mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine diskutieren.

Eines der Themen der Debatte wird voraussichtlich die öffentliche Unterstützung für die sogenannte „Steinmeier-Formel“ sein, die der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj geäußert hatte. Diese vereinfachte Version der Minsker Abkommen würde dem vom Krieg zerrütteten Donbas-Gebiet einen Sonderstatus einräumen und zu Wahlen in der von Separatisten kontrollierten Region im Osten des Landes führen.

Auch der jüngste Gefangenenaustausch zwischen Russland und der Ukraine, der zur Freilassung des letztjährigen Sacharow-Preisträgers Oleh Senzow führte, dürfte in der Debatte zur Sprache kommen.

Debatte: Mittwoch, 9. Oktober

Verfahren: Erklärung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

### Weitere Informationen

[Pressemitteilung: Oleg Sentsov erhält den Sacharow-Preis 2018 \(25.10.2018\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende \(EP-Multimedia-Center\)](#)

# Für einen EU-Mindestlohn und besseren Schutz von Plattform-Arbeitern

**Kommission und EU-Länder sollen mehr für die sozialen Rechte tun, indem sie die Europäische Säule sozialer Rechte mit Gesetzesvorschlägen und finanzieller Unterstützung stärken.**

Der Jahresbericht des Beschäftigungsausschusses über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets betont, dass die Arbeitslosenquote im Euroraum im August 2019 mit 7,4% zwar einen Rekordtiefstand erreichte, die Jugendarbeitslosigkeit aber nach wie vor unannehmbar hoch ist und große Unterschiede zwischen den EU-Ländern bestehen, da etwa 113 Millionen Menschen in der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Der Entschließungsentwurf fordert die EU-Kommission auf, Legislativvorschläge zur Festlegung eines EU-Mindestlohns und eines gemeinschaftlichen Arbeitslosengeldes und eines Fonds zur Gewährung von Darlehen an die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme in Zeiten der Wirtschaftskrise vorzulegen. Er bekräftigt auch die Notwendigkeit einer EU-weiten Garantie gegen Kinderarmut. Um das 16%ige geschlechtsspezifische Lohngefälle in der EU zu beseitigen, sollte die Kommission eine Richtlinie über Lohntransparenz auszuarbeiten. Die Abgeordneten fordern auch eine abgestimmte Initiative der EU zur Stärkung der sozialen Rechte von Arbeitnehmern digitaler Plattformen.

Debatte: Donnerstag, 10. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, 10. Oktober

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

## Weitere Informationen

Berichterstatterin Yana TOOM (ReNew, ET)

EP-Hintergrundinformationen (auf Englisch): „Social protection in the EU - State of play, challenges and options“

EP-Hintergrundinformationen: „Politische Maßnahmen der EU im Interesse der Bürger - Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

Merkblatt Sozial- und Beschäftigungspolitik: Allgemeine Grundsätze

Verringerung der Arbeitslosigkeit: Was unternimmt die EU?

Entschließung vom 13. März 2019 zu dem Thema „Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2019“

Audiovisuelles Material für Medienschaffende (EP-Multimedia-Center)

# EIB soll grüner werden: Debatte mit EIB-Präsident Werner Hoyer

**Die Abgeordneten werden am Mittwoch im Beisein von Werner Hoyer ihre Forderungen an die Europäische Investitionsbank bekräftigen, Klima und Umwelt stärker in den Mittelpunkt zu stellen.**

Die Abgeordneten wollen den Druck auf die EIB erhöhen, ihre Finanzierungspolitik im Energiesektor „grüner“ zu gestalten, zu einem Zeitpunkt, da die Bank [diese Politik überarbeitet](#). Schon die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen hatte erklärt, Teile der EIB sollten in eine „Klimaschutzbank“ umgewidmet werden.

Die EIB spielt eine wichtige Rolle dabei, den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) optimal umzusetzen und hat deshalb in den letzten Jahren an Bedeutung im Bereich der Regionalentwicklung gewonnen. Sie nutzt die Kapitaleinlagen der Mitgliedstaaten zur Geldbeschaffung an den Finanzmärkten und vergibt sie dank ihres AAA-Ratings für Entwicklungsprojekte zu niedrigen Zinsen.

Die [EIB](#) ist die weltweit größte internationale öffentliche Finanzierungsinstitution.

Debatte: Mittwoch, 9. Oktober

Verfahren: Erklärungen der Kommission und des EIB-Präsidenten mit anschließender Debatte

### Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Kurzdarstellungen zur Europäischen Union: Die Europäische Investitionsbank](#)  
[Audiovisuelles Material für Medienschaffende \(EP-Multimedia-Center\)](#)